Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 30 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu richten.

№ 345. **Montag** den 26. October 1891. **85. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf frühere Bekanntmachungen machen wir bei Beginn der Winterzeit darauf aufmerksam, daß wir **Kokösöfen in verschiedenen Größen** beschafft haben und in der Ausstellung der städtischen Gasanstalten, am Nicolaikirchhof, käuflich oder miethweise abgeben.

Der Einzel-Kaufpreis dieser Oefen mit vollständigem Zubehör und einschließlich der Aufstellung stellt sich je nach der Größe auf 60 bis 300 ℳ.

An Miethe werden jährlich 8 ℳ 40 ₰ bis 48 ℳ berechnet.

Den Abnehmern bleibt freigestellt, die Oefen zunächst auf ein Jahr in Miethe zu nehmen; bei demnächstigem Kaufe wird die Hälfte des gezahlten Miethzinses in Anrechnung gebracht.

Besichtigung und jede weitere Auskunft in der bezeichneten Ausstellung während der Geschäftszeit 8—12 Uhr Vormittags und 2—6 Uhr Nachmittags.

Leipzig, den 1. October 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Deputation zu den Gas-Anstalten.

Der von mir unterm 4. September 1891 gegen den Arbeiter Eduard **Nebenstich** aus Taucha erlassene **Steckbrief** ist **erledigt.**

Magdeburg, den 22. October 1891.

IV. J. 446/91. **Der Erste Staatsanwalt.**

Erledigt hat sich die Verladung der Kellnerin Hulda Olga Caroline Elise **Gutgesell** aus Jüttelden vom 20. d. M.

Chemnitz, den 24. October 1891.

Der Königliche Staatsanwalt.
J. V.: Brunß, Ass.

Bekanntmachung.

Infolge gestellter Anträge auf **Ueberlassung von Bauplätzen** setzen wir hiermit auf

Montag, den 16. November cr.,
Vormittags 10 Uhr,

Termin zur Abgabe von Kaufgeboten auf dem Rathhause, Zimmer Nr. 1, an.

Ausgeboten sollen werden:

1) **Ein größerer Bauplatz an der südöstlichen Ecke der neuen Bahnhof- und der Kaiserstraße,** welcher sich infolge seiner bevorzugten Lage auch zu einem Hotel, Restaurant oder Geschäftshaus jeder Art eignet. Die Frequenz dieser Straße wird sich nach Fertigstellung der neuen Eisenbahnlinie Saalfeld-Arnstadt noch erheblich steigern.
2) **Ein oder zwei Baustellen in der Breitenstraße am Schießgraben,** welcher letztere in der Ausfüllung begriffen ist und voraussichtlich im Jahre 1892 seiner Bestimmung, als Viehmarkt und Platz zu Aus- und Schaustellungen zu dienen, übergeben werden wird. Die fragliche Stelle ist vorzüglich geeignet zur Etablirung einer Gast- oder Schankwirthschaft für den dicht daran zu legenden Viehmarkt.

Kaufliebhaber können vorher jede gewünschte Auskunft erhalten und werden ersucht, sich wegen der Größe der abzugebenden Baustellen mit uns in Verbindung zu setzen.

Saalfeld a/S., den 15. October 1891.

Der Magistrat. gez. Liebscher.

Leipzig, 26. October.

* Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, daß der **Reichstag** am 17. November wieder zusammentreten wird.

* In einem längeren Artikel über die **Handwerkerfrage** führen die „Hamburger Nachrichten" aus: Die Realisirung mancher von den Handwerkern erhobenen Wünsche durch Innungszwang und Aehnliches ist heutigen Tages kaum möglich, im modernen Staat uneinführbar. Die Handwerker haben durch ihr Warten auf Staatshilfe zu lange gezögert. Sie sollten es mit der Selbsthilfe versuchen; die Gesetzgebung würde dann, wenn dadurch Anknüpfpuncte geschaffen würden, unterstützend eingreifen können.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: „Die Bewegung unter den deutschen Buchdruckern hat sich sehr kritisch gestaltet und eröffnet die nahe Aussicht auf eine Arbeitseinstellung, wie sie an Umfang und Bedeutung noch kaum dagewesen ist. Die Buchdruckergehilfen verlangen neunstündige Arbeitszeit und zehnprocentige Lohnerhöhung. Diese Forderungen haben die Principale in einer Reihe großer Städte nicht bewilligen zu können geglaubt; zu einer Lohnerhöhung von 7½ Proc. hätten sie sich verstanden. Die ganze Bewegung ist ein von dem Vorstand des Gehilfenverbandes des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker planmäßig und künstlich ins Werk gesetztes Unternehmen, welches in der materiellen Lage dieses Gewerbes keinerlei Rechtfertigung findet und auch vom Standpunct der Ausständigen aus unter den gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnissen als verfehlt und thöricht bezeichnet werden muß. Es soll eben mit dem bestorganisirten Verband wiedereinmal eine Kraftprobe gegen die Arbeitgeber veranstaltet werden, trotz der vielfachen üblen Erfahrungen, die man in diesem Jahre schon mit großen Arbeitseinstellungen gemacht hat. Dabei wird auch hier das Vertragsverhältniß insofern wieder verletzt, als bei der letzten, im Jahr 1889 zugestandenen Tariferhöhung die Abmachung getroffen war, daß es bei diesem Tarif bis zum 1. Januar 1892 sein Bewenden haben solle; die Kündigung hätte also erst auf 1. Januar, nicht schon von jetzt ab auf vierzehn Tage erfolgen dürfen. Die Aussichten für die Streikenden sind bei dem gegenwärtigen überreichen Arbeitsangebot keineswegs günstig, um so leichtfertiger und gewissenloser ist die Anstiftung einer so umfassenden Arbeitseinstellung mit ihren unseligen Folgen für zahlreiche Existenzen. Es ist nur zu hoffen, daß der socialdemokratisch aufgehetzte „Gehilfenverband" doch noch lange nicht die Mehrzahl der Arbeiter, die Buchdrucker hinter sich haben wird."

* Ein Aufruf des socialdemokratischen Partei-Organs, des „Vorwärts", bedroht die Berliner Parteigenossen, welche sich etwa der Werner'schen Gruppe anschlössen, eindringlich mit sofortigem Ausschluß; jeder Versuch, die Einheit der Partei zu stören, werde machtvoll zurückgewiesen werden. Nachdem die höchste Instanz gesprochen, heiße es einfach Unterordnung; wer sich nicht füge, stehe außerhalb der Partei. Der Socialismus sei eine Weltanschauung, aus der Niemand, selbst der confuseste Ideologe nicht, ausgeschlossen werden könne; aber eine organisirte Partei, welche gegen eine Welt in Waffen kämpfe, könne Franctireure und Freibeuter in ihren Reihen nicht brauchen. Man weiß nicht, wem im Verstehenden die Palme gebührt — dem Despotismus, mit welchem seitens der socialdemokratischen Parteileitung gegen die Opposition verfahren wird, oder der Großmäuligkeit, welche die Socialdemokratie als eine weltbewegende Macht hinzustellen sucht.

* Die Plenarsitzung des **Colonialrathes** am Sonnabend wurde durch den Vorsitzenden Wirkl. Geh. Legationsrath Dr. Kayser eröffnet. Es wurde sofort in Berathung der Zollordnung für Deutsch-Ostafrika eingetreten, wozu ein Entwurf des Auswärtigen Amtes, welcher die Billigung des Gouverneurs in Ostafrika gefunden hatte, und ein in einzelnen Puncten davon abweichenden Entwurf der niedergesetzten Commission des Colonialraths vorlagen. Nach eingehender Debatte, bei welcher auch die Frage einer Bevorzugung deutscher Erzeugnisse vor denen anderer Länder berührt wurde, gelangten im Wesentlichen die Vorschläge der Commission zur Annahme. Nebenher wurde beschlossen, eine Reihe von in der Debatte hervorgetretenen Gesichtspuncten bezüglich der Werthbestimmung der Ausfuhr- und Einfuhrartikel und des Verzollungsmodus, dem Gouverneur zur Erwägung zu übermitteln. Die nunmehr vom Colonialrath vorgeschlagene Zollordnung dürfte, wenn eingeführt, wesentlich zu einer gedeihlichen Weiterentwickelung unseres ostafrikanischen Gebietes beitragen. Die gestern eingebrachte Resolution bezüglich der Vermeidung der Doppelbesteuerung wurde angenommen. Die Anträge der Commission, betreffend die Vergünstigung der Missionsgesellschaften bei der Zollbehandlung, fanden ebenfalls und zwar einstimmige Annahme. Solche kommen den gerechtfertigten Wünschen der christlichen Missionsanstalten in allen Schutzgebieten und speciell in Ostafrika nach Möglichkeit entgegen. Der Vorsitzende schloß alsdann mit einigen Dankesworten die diesmalige Session des Colonialraths. Die nächste Sitzung ist unbestimmt. Heute Abend findet ein gemeinsames Mittagsessen der Mitglieder des Colonialrathes und der Beamten der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes im „Kaiserhof" statt.

* Neben der Frage der fortdauernden Immunität der Reichstagsabgeordneten während langer Vertagungen werden nun auch noch Zweifel über die fortdauernde Giltigkeit der Freifahrkarten erhoben. Die auf dem Erfurter Parteitag anwesenden socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten mögen diese Karten wohl vielfach benutzt haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Absicht bei Gewährung der Freikarten nur auf die Zeit wirklich tagender Sessionen, nicht auf monatelange Pausen berechnet war und nicht das ganze Jahr hindurch allen möglichen privaten Interessen oder politischen Agitationen eine Erleichterung gewährt werden sollte. Die neuerdings eingerissene Sitte wiederholter langer Vertagungen statt förmlicher Sessionsschlüsse hat sonach verschiedene, nicht unerhebliche praktische und principielle Bedenken gegen sich; sie verschiebt die bisherigen Grundlagen unserer parlamentarischen Einrichtungen. Unter ganz außerordentlichen Umständen mag einmal, wie auch schon früher, von diesem Auskunftsmittel Gebrauch gemacht werden; solche Umstände konnten bei dem Arbeiterschutzgesetz, wegen dessen die erste Vertagung erfolgte, anerkannt werden; viel weniger war aber schon die zweite Vertagung wegen des Krankencassengesetzes gerechtfertigt. Die Vorarbeiten hierzu wären nur formell, keineswegs thatsächlich verloren gewesen; Niemand hätte eine neue Commission gehindert, sich die Arbeiten ihrer Vorgängerin anzueignen. Irgend welche unerledigte Vorlagen werden jedenfalls zurückbleiben. Vor dem Wiederbeginn der Reichstagssitzungen erscheint es nicht unzweckmäßig, auf die Unzuträglichkeiten hinzuweisen, die sich durch die langen Vertagungen herausgestellt haben; sonst könnten wir es erleben, daß die ganze Legislaturperiode aus einer einzigen fortlaufenden Session besteht.

* Die Candidatenfrage im Landtagswahlkreis Dortmund-Bochum an Stelle des verstorbenen Abg. Berger ist noch nicht entschieden. Es sind zwei, mit landwirthschaftlichen Verhältnissen vertraute und beide auf dem Boden der nationalliberalen Partei stehende Candidaten, die Ehrenamtmänner Schulze-Bellinghausen und Westermann-Lütgendortmund, ins Auge gefaßt, zwischen denen die Entscheidung noch in der Schwebe ist.

* Außer den auf die Krankenversicherung und das Telegraphenwesen bezüglichen Vorlagen der verbündeten Regierungen ist dem Reichstage aus dem letzten Tagungsabschnitte auch noch ein kleinerer, aber für die Betheiligten wichtiger Entwurf zur Erledigung verblieben, der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. Die Vorlage verdankt ihre Entstehung einer vom Reichstage im Jahre 1886 angenommenen Resolution. Sie ist bereits am 8. Mai d. J. zur ersten Lesung gelangt. Die Debatte hatte sich zwar bei der damaligen Geschäftslage des Hauses nicht umfassend gestalten können, ließ jedoch auch so erkennen, daß die Vorlage nicht ohne Aenderungen zur Annahme gelangen dürfte. Der Gesetzentwurf wird nunmehr in der Budgetcommission des Reichstags einer Vorberathung unterzogen werden und in der dort erhaltenen Gestalt wieder an das Plenum gelangen. Als Tag des Inkrafttretens des neuen Gesetzes ist der 1. April 1892 in Aussicht genommen, so daß, wenn das Gesetz zu Stande kommt, schon im nächsten Sommer den Angehörigen der zu Uebungen eingezogenen Reservisten und Landwehrmänner Unterstützungen zufließen würden.

* Wie entschieden die Regierung neuerdings gegen die Welfen in Hannover vorgeht, erhellt auch daraus, daß die von der Lüneburgischen Ritterschaft getroffene Wahl des Gutsbesitzers von dem Knesebeck-Corvin zum Mitglied des ritterschaftlichen Collegs nicht bestätigt und diese Ablehnung trotz dringenden wiederholten Antrages der Ritterschaft aufrecht erhalten ist. Das ritterschaftliche Colleg hat schlechterdings keine öffentliche Function, es hat lediglich die Verwaltung des der Ritterschaft als Privatcorporation zustehenden Vermögens zu besorgen und es ist eine wunderbare Anomalie, daß seine Mitglieder der Regierungsbestätigung bedürfen, was sich nur daraus erklärt, daß in alten Zeiten die Ritterschaft auch gewisse öffentliche Rechte auszuüben hatte. Aber trotzdem dies längst weggefallen ist, hält die Regierung am Erforderniß der Bestätigung fest, und da es keine Instanz giebt, die dagegen angerufen werden kann, muß die Ritterschaft, obwohl sie einen abweichenden Rechtsstandpunct vertritt, sich fügen. Am 12. k. M. soll für Herrn v. d. Knesebeck eine Neuwahl stattfinden.

* * *

* Im österreichischen Abgeordnetenhause stellte der Abg. Dupaul den Antrag auf Milderung des Nothstandes der Deutschen in Tirol, wo die Fröste die Weinernte vernichteten. Der Agrarier Lubich interpellirt wegen der den Großmüllern gewährten Rejaction, wodurch die Kleinbetriebe Böhmens vernichtet würden. Bei der Budgetdebatte griff der Jungczeche Adamek den Statthalter Böhmens, Thun, an, weil er kein Czeche sei. Die Deutschen hätten die Czechen durch ihren Widerstand gegen die Ausstellung provocirt. Der Conservative Lupul sagte, ein Ausgleich werde nur zu Stande kommen, wenn sich die Czechen und Deutschen in gleicher Weise nachgiebig zeigten.

* Der Streit, der zwischen Ungarn und dem Vatican über die Neubesetzung der Stellung eines Fürstprimas von Ungarn entstanden war, scheint zu Gunsten Ungarns entschieden zu sein. Der Vatican hatte alle von der Regierung aufgestellten Candidaten kurzer Hand abgelehnt. Man einigte sich endlich auf den Erzbischof Samassa, dieser benutzte aber die Gelegenheit, eine Rede zu halten, in der er über seine Pflichten als ungarischer Patriot und Geistlicher in einer Weise sprach, die in Rom unangenehm berühren mußte. Die Regierung verschob daher die Ernennung und ließ sich auch durch eine Interpellation des Abg. Ugron nicht aus ihrer abwartenden Stellung herausdrängen. Jetzt liegt folgende Meldung vor:

Pest, 24. October. Es verlautet, daß die Ernennung des Erzbischofs Samassa zum Primas von Ungarn beschlossen sei, und der Papst, der sich dieser Ernennung widersetzte, nachgab. Wenn die Nachricht sich bestätigt, wäre das ein Sieg der Regierung, würde aber auch für die Zukunft die Stellung der ungarischen katholischen Kirche zur Curie wesentlich unabhängiger als bisher gestalten.

* In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses am Freitag gab es eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Justizminister Szilagyi und dem Abgeordneten Horansky von der gemäßigten Opposition, zu welcher Partei vor seinem Eintritt ins Cabinet auch Szilagyi gehörte. Die Auseinandersetzung war sehr heftig und meist persönlicher Natur. In Folge dessen ließ Horansky den Justizminister auffordern, er möge entweder Erklärungen abgeben oder sich schlagen. Der Justizminister verweigerte Erklärungen, nahm jedoch die Forderung zum Duell zur Kenntniß. Es fand ein mehrstündiger Ministerrath statt, um den ebenso seltenen wie verwickelten Fall zu besprechen. Die Sache ist um so schwieriger, weil es sich um den Justizminister handelt, der zu einer durch das Gesetz verbotenen Handlung, wie es das Duell ist, aufgefordert, dieselbe nicht direct ablehnte. Außerdem ist Szilagyi Wirklicher Geheimrath, darf sich also nicht ohne Erlaubniß des Monarchen duelliren. Diese Erlaubniß wurde nachgesucht; es verlautet sogar, die Antwort des Monarchen gehe dahin, daß sie die Annahme der Forderung zwar gestattet, jedoch den Wunsch ausspricht, daß der Handel ohne Duell beigelegt werde. Der Beschluß des Ministerrathes ist noch nicht bekannt; vorerst hat Szilagyi die Herausforderung formell noch nicht angenommen. Nach einer neuesten Meldung ist der Streit friedlich beigelegt worden.

* Der gewesene französische Minister des Auswärtigen, Senator Barthélemy Saint-Hilaire, ist in Betreff des französisch-russischen Verhältnisses interviewt worden. Der hochbetagte Staatsmann hat bei dieser Gelegenheit über die Russen-Begeisterung in Frankreich ähnliche abfällige Aeußerungen gethan, wie sie bereits vor einigen Monaten aus seinem Munde in die Oeffentlichkeit gedrungen. Frankreichs enge Annäherung an Rußland betrachte er als eine bedauerliche Thorheit. Sie werfe die Civilisation zurück; es sei eine nationale Schmach, daß Frankreich sich in das Kielwasser einer asiatischen Macht begebe. Sollte Rußland durch erfolgreiche Machenschaften in den Besitz von Konstantinopel gelangen, worauf sein Streben unaufhörlich gerichtet sei, dann würde es mit 180 Millionen Unterthanen die Europa beherrschende Macht werden. Es befinde sich ein ungeheurer, nicht wie der englische über den ganzen Erdkreis zerstreuter, sondern zusammenhängender Länderbesitz in den Händen des Zarismus, der nicht vernichtet werden könne, da er seinem innersten Wesen nach slawisch sei. Barthélemy Saint-Hilaire äußerte sich dann folgendermaßen über die Besetzung in Tunis, welche bekanntlich durch ihn vollzogen worden ist:

Als ich Minister wurde, nahm ich den Plan zur Annexion von Tunis, der schon sieben Jahre vorher unter Mac Mahon vorhanden gewesen, wieder auf. Ich hielt mich dabei an die politische Conception, die schon in den ersten Jahren der Eroberung Algeriens entworfen worden war und die ich für nützlich erkannte. Die Einfälle der Krumirs waren nicht, wie man behauptet hat, Fabeln, sondern Thatsache. Daß zahlreiche Italiener, namentlich aus Unter-Italien und Sicilien, in Tunis wohnen, ist richtig, sie sind aber nicht die Blüthe der italienischen Nation. Eine Beeinträchtigung Italiens in Folge der Annexion war allerdings unvermeidlich, aber Tunis war eine Gefahr und eine Bedrohung der Sicherheit für unsere algerische Colonie.

Alsdann wieder zu seinem ursprünglichen Gesprächsthema zurückkehrend, sagte er, Rußland werde Frankreich ausnutzen, ihm aber nicht Elsaß-Lothringen zurückverschaffen. Die Annexion dieser Länder, welche die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich machte, sei der größte Fehler Bismarck's gewesen.

* Der Erzbischof von Aix soll, wie die Pariser Zeitungen berichten, vom Papste ein Schreiben erhalten haben, in welchem es heiße, er könne die gehässigen, vorher bedachten Attentate gegen die Pilger in Rom nur geißeln; der Erzbischof möge fortfahren, mit aller Kraft für die Kirche zu kämpfen.

* Nach Berichten aus London besorgt man daselbst, daß die Umtriebe Gladstone's und die Hetzereien seiner Organe, betreffend die Zurückziehung der englischen Truppen aus Egypten, den Bemühungen Frankreichs und Rußlands, die Pforte zur Urgirung der egyptischen Räumungsfrage zu bewegen, zu Statten kommen könnten. An der Stellung Englands in Egypten wird aber nach der Anschauung maßgebender Kreise vergeblich gerüttelt werden, denn je deutlicher solche Absichten hervortreten, desto nothwendiger ist es, daß die Stellung Englands in Egypten für ersteres ein Stützpunct zur Sicherung seines Weges nach Indien bleibe, und desto umfassendere Maßnahmen wird England treffen, um seine maritime Macht im Mittelmeere zu stärken. Die Nachrichten, daß Rußland die Pforte zu Reclamationen wegen der „Uebungsfahrten" und Concentrationen der englischen Schiffe in der Nähe der türkischen Küsten bewegen wolle, werden nur belächelt.

* In den in England bereits entbrannten Rüstungen für die kommenden allgemeinen Unterhauswahlen hat auch der an Stelle des verstorbenen Smith zum ersten Lord des Schatzes ernannte und damit mit der Führerschaft der Regierungsmehrheit im Unterhause betraute ehemalige Obersecretair für Irland, Balfour, bereits thatkräftig eingegriffen. Man meldet der „Vossischen Zeitung":

London, 24. October. Balfour hielt gestern Abend in Burnley vor einer großen Versammlung von Conservativen eine lange Rede, in deren Eingang er feierlich erklärte, daß der Bund zwischen den Conservativen und den liberalen Unionisten dem britischen Reich zum Heil gedient habe und auch fernerhin zum Heil gereichen werde. Dieser Bund sei jetzt inniger als zur Zeit seiner Gründung im Jahre 1886. Sodann unterzog Balfour das in Newcastle aufgestellte Programm der liberalen Partei einer sehr scharfen Kritik. Er behauptete, daß die Conservativen während der letzten 50 Jahre fortschrittlichere und gesundere Reformen eingeführt hätten, als die Liberalen. Im Laufe des Abends wurde ein von Lord Hartington gesandtes Telegramm verlesen, in welchem der Führer der liberalen Unionisten Balfour für seine weise Verwaltung Irlands dankt und ihm Erfolg in der Erfüllung der wichtigen, schwierigen Pflichten seines neuen Amtes wünscht. Durch diese Auslassung wird das vielfach verbreitete Gerücht, daß die Ernennung Balfour's zum Führer der Mehrheit des Unterhauses den liberalen Unionisten mißfalle, widerlegt.

* Wie aus Lissabon geschrieben wird, ist anläßlich des Geburtstages des Königs und der Königin einer großen Anzahl von politischen Verbrechern des Civil- und Militairstandes, welche wegen Theilnahme am republikanischen Aufstande von Oporto vom 31. Januar d. J. zu längeren oder kürzeren Freiheitsstrafen verurtheilt wurden, die noch nicht abgebüßte Strafzeit nachgesehen worden. Durch diesen Gnadenact erhielten nicht weniger als 218 Verurtheilte die Freiheit. Die Regierung nahm trotz ihres festen Entschlusses, der republikanischen Agitation mit der ganzen Strenge des Gesetzes entgegenzutreten, keinen Anstand, dem Könige diesen Gnadenact zur Genehmigung zu unterbreiten, weil derzeit überall im Lande vollkommene Ruhe herrscht, und die auf einen Umsturz abzielenden Umtriebe in der letzten Zeit nur ganz spärlich zu Tage getreten sind. Der Geburtstag des Königspaares wurde im ganzen Lande mit ungewöhnlicher Feierlichkeit begangen.

* Die Hungersnoth in Rußland fordert schon jetzt, besonders in den östlichen Gouvernements, wie Kasan, Simbirsk u. s. w. u. s. w. täglich zahlreiche Opfer, schaarenweise verlassen die Leute ihre Dörfer, um vom Hunger getrieben fortzuwandern und dann meistens elendiglich an den Straßen zu verderben; dabei ist der Winter noch nicht eingetreten mit allen seinen Schrecken, noch ist der Boden nicht gefroren und Wurzeln und Kräuter dienen als Ersatz für normale Nahrungsmittel. Es ist, so schreibt die „Kreuzzeitung", ein entsetzliches Bild des Elends, das sich dort darbietet, und wundern kann man sich nicht, wenn die unglücklichen bejammernswerthen Leute, durch den Hunger zur Verzweiflung getrieben, alle Bande der Zucht und Ordnung sprengen. Plünderung noch vorhandener Kornvorräthe, Beraubung von mit Korn beladenen Eisenbahnzügen gehören zu den täglichen Ereignissen, und wenn solche Geschehnisse nur in den seltensten Fällen zu blutigen Conflicten mit den staatlichen Organen führen, so liegt es blos daran, daß diese solchen Handlungen kaum entgegentreten, dieselben vielmehr noch gewissermaßen entschuldigen, indem sie die Beraubten als Kornwucherer u. s. w. bezeichnen — es ist nur ein Schritt bis zu den blutigen Verfolgungen der „accapareurs", wie sie vor 100 Jahren in Frankreich an der Tagesordnung waren. Daß die in Rußland sehr zahlreichen Elemente politischer und wirthschaftlicher Unzufriedenheit eine für sie so günstige Lage gehörig ausnutzen, liegt auf der Hand. Der einfache Russe ist seiner ganzen Anlage und Erziehung nach communistisch-socialistischen Ideen überhaupt sehr zugänglich, wie viel mehr in seiner jetzigen Lage, die Verbreitung revolutionairer Gesinnung dürfte deshalb in Rußland schon in diesem Jahre riesige Fortschritte machen. Die Leiter der Bewegung haben den Fehler eingesehen, den sie begangen, sich von der Gruppe der Terroristen zu Attentaten, zumal auf die geheiligte Person des Zaren, hinreißen zu lassen, ihr Vorgehen ist jetzt ein viel erfolgreicheres, sie stellen dem Volke vor, der Zar sei gleich ihnen ein Opfer der Beamten und es sei geradezu die Pflicht eines jeden treuen Russen, seinen Zaren von diesen Leuten zu befreien. Nur zu leichtgläubige Hörer finden sie bei diesen Ausführungen, man kann daher wohl mit Sicherheit annehmen, daß Ruhestörungen und Revolten in größerem Maßstabe schon im Laufe dieses Jahres in Rußland häufig vorkommen werden. — Aber auch für einen weiteren Zeitraum ist die Aussicht dort eine sehr trübe. In diesem Jahre sind außer den Brodfrüchten im größten Theil des Landes auch die Futtermittel für das Vieh vollständig mißrathen. Pferde und Vieh werden für Spottpreise fortgegeben, müssen dafür fortgegeben werden, will man sie nicht Hungers sterben lassen; es wird sich wohl Jedermann vorstellen können, wie infolge dessen die landwirthschaftlichen Verhältnisse sich auch in den nächsten Jahren dort gestalten werden — dazu kommt, daß die diesjährige Herbstbestellung der Felder nur nothdürftig — zumeist auch noch verspätet — hat vorgenommen werden können und daß die Nachricht über den Stand der Wintersaaten schon jetzt trostlos lauten. — Kurz, die Lage ist eine schier verzweifelte und dürfte auch außerhalb Rußlands die vollste Beachtung verdienen. — Hunger und Elend haben schon häufig zu Handlungen der Verzweiflung nicht nur einzelne, sondern ganze Völker getrieben.

Kunst.

* Von der Photographischen Gesellschaft in Berlin geht uns soeben ein neu erschienener Katalog zu. Er enthält auf 125 Seiten mehr als 40 vortrefflich ausgeführte Illustrationen aus den verschiedensten Darstellungsfächern.

SLUB
Wir führen Wissen.